

PROTOKOLL

über die Sitzung der Gemeindevertretung am Donnerstag, den 18. 9. 2003
um 19.30 Uhr im Sitzungssaal des Gemeindeamtes Anthering, 2. Stock.

- Anwesende: Bürgermeister Ing. Alois Ehrenreich
Vizebürgermeister Dr. Hans Draxl
- Gemeinderäte: Harald Humer, Franz Gschaider,
Christoph Canaval, Roman Schörghofer,
- Mitglieder: Harald Haberl, Margit Haider, Kurt Hofer,
Hermann Frauenlob, Rosemarie Schiefer, Heimo Leypold
Josef Pichler, Johann Kaschnitz, Johann Dürnberger,
Gerhard Lebesmühlbacher, Herbert Stadler
- Entschuldigt: GR. Georg Auer, GV. Franz Weigl
- Schriftführer: Ing. Johann Mühlbacher

TAGESORDNUNG

1. Fragestunde der Gemeindebürger
2. Genehmigung des Protokolles vom 10.7.2003
3. Bericht des Bürgermeisters
4. Vergabe Baumeisterarbeiten Aufstockung Kindergarten
5. Auswahl der Mitarbeitervorsorgekasse gem. Mitarbeitervorsorgegesetz
6. Abschluss eines Pensionskassenvertrages für die Gemeindebediensteten
7. Rahmenverträge mit der Salzburg AG
8. Sperrmüllsammelaktion im Jahr 2003
9. Dringlichkeitsantrag - Beschlussfassung einer Resolution gegen zusätzliche Abwasserübernahmen beim RHV. Großraum Salzburg aus Bayern
10. Allfälliges

Sitzungsverlauf – öffentlicher Sitzungsteil:

Der Bürgermeister eröffnet um 19:30 Uhr die Sitzung, stellt die Beschlussfähigkeit fest und gibt bekannt, dass die Tagesordnung mit der Einladung zugegangen ist.

Zur Tagesordnung stellt er fest, dass ein Dringlichkeitsantrag gem. § 25/8 Gemeindeordnung vom Bürgermeister sowie Vizebürgermeister mit folgendem Wortlaut eingebracht wurde:

Beschlussfassung einer Resolution gegen zusätzliche Abwasserübernahmen beim Reinhaltverband Großraum Salzburg aus Bayern.

Die Mitglieder der Gemeindevertretung erteilen die Zustimmung, dass der Dringlichkeitsantrag als Tagesordnungspunkt 9.) behandelt wird.

Der Tagesordnungspunkt „Allfälliges“ wird als Pkt. 10.) behandelt.

Anschließend geht der Bürgermeister in die Tagesordnung ein.

Zu Pkt. 1)

Zum Tagesordnungspunkt „Fragestunde der Gemeindebürger“ werden keine Anfragen gestellt.

Zu Pkt. 2.)

Auf die Frage des Bürgermeisters, ob das Protokoll vom 10.7.2003 verlesen werden soll, wird von den Fraktionen festgestellt, dass dies nicht notwendig ist, weil Gleichschriften an die Mitglieder der Gemeindevertretung zugestellt wurden.

Auf die Frage des Bürgermeisters, ob Berichtigungen vorzunehmen sind, erfolgt folgende Wortmeldung:

GR. Canaval stellt fest, dass in der Sitzung der Gemeindevertretung am 10.7.2003 die Beschlussfähigkeit nicht gegeben war.

Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass dies bereits bei der letzten Sitzung der Gemeindevorsteherung festgestellt und mitgeteilt wurde und daher die Vergabe der Baumeisterarbeiten für die Aufstockung des Kindergartens neuerlich zur Beschlussfassung in die Tagesordnung aufgenommen wurde.

Er stellt jedoch fest, dass das Protokoll richtig verfasst wurde.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, stellt der Bürgermeister fest, dass das Protokoll vom 10.7.2003 in der vorliegenden Form als genehmigt gilt.

Zu Pkt. 3.)

Zu diesem Tagesordnungspunkt übergibt der Bürgermeister den Vorsitz an den Vizebürgermeister.

Der Vizebürgermeister übernimmt den Vorsitz und ersucht den Bürgermeister um seinen Bericht.

Der Bürgermeister berichtet:

- a) über ein Schreiben des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft Dipl. Ing. Josef Pröll bezüglich diverser Aktivitäten im Jahr des Wassers 2003.

- b) über ein Rundschreiben im Auftrag des Landes Salzburg, wonach die Initiative des Landes Salzburg „Dorf und Stadterneuerung“ unter der neuen Bezeichnung „Gemeindeentwicklung Salzburg“ für die Gemeinden, aber auch für regionale Planungen und Maßnahmen, zur Verfügung steht.
- c) über eine Mitteilung des Altenheimes Oberndorf, wonach auf Grund der Übersiedelung der Altenheimbewohner in das neue Altenheim mehrere gebrauchte Pflegebetten zum Gebrauch für den häuslichen Einsatz den Bewohnern in der Gemeinde Anthering zur Verfügung gestellt werden können.
- d) über eine Einladung des Salzburger Bildungswerkes zu einer Exkursionsfahrt in das EU-Beitrittsland Ungarn in der Zeit vom 26. bis 30. Oktober 2003.
- e) über die Fachtagung „Wasser-Zukunft“ am 2.10.2003, wozu Bundesminister Dipl. Ing. Pröll einlädt.
- f) über ein Dankschreiben der Ehegatten Franz und Elisabeth Aigner, Trainting 18, bezüglich der zugesagten Subvention zum Bau der Wirtschaftswege im Bereich ihres landwirtschaftlichen Betriebes.
- g) über eine Mitteilung des Salzburger Gemeindeverbandes bezüglich der Special-Olympics-Familientage vom 9. bis 12. Oktober 2003 in Schladming.
- h) über ein Schreiben der Lebenshilfe Salzburg, womit um Unterstützung diverser Aktivitäten für Menschen mit Behinderung ersucht wird.
- i) über ein Schreiben des Landesrates Dr. Raus zu Klimaschutz in Gemeinden.
- j) über ein Schreiben an das Amt der Salzburger Landesregierung, Legislativ- und Verfassungsdienst zum Entwurf des Salzburger Gemeindegesetzes, welches vollinhaltlich verlesen wird. Es ist beabsichtigt, die Gesundheitssprengel zu ändern und zum bestehenden Gesundheitssprengel Anthering und Bergheim die Gemeinden Elixhausen und Hallwang anzuschließen. Sitz des Gemeindeverbandes soll Bergheim sein. Derzeit bleibt jedoch der Sprengelarzt Dr. Offner bestehen.
- k) über ein Schreiben der Landesrätin Dr. Haidinger, wonach die Organisation zum Schutz der Igel -Igel Freunde Österreichs- ein geeignetes Objekt für die Einrichtung einer Igelstation sucht.
- l) über die Vollversammlung der Wassergenossenschaft Rutschung Fürwag am 11.8.2003 und die dabei behandelte Tagesordnung. Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass Herr Dr. Jäger von der Mayr-Melnhof'schen Forstverwaltung künftig nicht mehr als Obmann zur Verfügung steht und der derzeitige Obmannstellvertreter Herr Lapuch von der Salzburg-AG derzeit die Wassergenossenschaft führt. Bezüglich der Festlegung eines neuen Aufteilungsschlüssels konnte vorerst kein Ergebnis erzielt werden.
- m) über den Tätigkeitsbericht für das Jahr 2002/03 der Salzburger Landeshilfe, wonach Bruttoeinnahmen in der Höhe von € 358.184,-- erzielt wurden.
- n) über ein Schreiben der Salzburger Landesregierung, womit Richtlinien für die Durchführung und Genehmigung von Großveranstaltungen im Bundesland Salzburg übersandt wurde.
- o) über die mündliche Verhandlung der Rohöl-Aufsuchungs AG. am 6.8.2003 in Oberndorf. Von den Untersuchungen ist ein geringer Teil des Gemeindegebietes im Bereich Fürwag betroffen. Das Hauptgebiet der Untersuchungen nach Öl- bzw. Gasvorkommen liegt jedoch auf bayrischem Gebiet.
- p) über ein Schreiben des Amtes der Salzburger Landesregierung, Verkehrsplanung, wonach von der Gemeinde Anthering für die durchgeführten Baumaßnahmen für die Park & Ride Anlagen beim Bahnhof Anthering sowie bei der Haltestelle Acharting ein Kostenbeitrag in der Höhe von € 15.000,-- gefordert wird.

- q) über eine Einladung des BR. Bgm. Ludwig Bieringer aus Wals hinsichtlich der Errichtung eines Familien- und Freizeitbades im Bereich der Umlandgemeinden. Anhand des vorliegenden Berechnungsmodelles wird vom Bürgermeister mitgeteilt, dass entsprechend den Bevölkerungszahlen für die Errichtung eines Freizeitbades in der Region von den einzelnen Gemeinden mitfinanziert werden soll. Entscheidungen wurden noch nicht getroffen.
- r) dass der Verwaltungsgerichtshof über den Antrag der Ehegatten Alois und Katharina Hillerzeder gegen den Bescheid der Landesregierung betreffend Ausnahme von der Kanalanschlussverpflichtung auf Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung den Beschluss gefasst hat, dem Antrag nicht stattzugeben.
- s) dass die beiden GAF-Anträge bezüglich Sanierung der Ameshubstraße sowie energiesparender Sanierungen und Maßnahmen vorgemerkt wurden und diese nach der Prioritätenreihung der Landesregierung nach Maßgabe verfügbarer Mittel erledigt werden.
- t) über eine Einladung des Salzburger Gemeindeverbandes bezüglich Gemeindepartnerschaften.
- u) über die vorliegenden Prüfberichte diverser Trinkwasseruntersuchungen der Wasser-Service GmbH. Mitgeteilt wird, dass während der Sommermonate es verschiedentlich Probleme mit der Wasserqualität im Gemeindegebiet Anthering gegeben hat, die Trinkwasserqualität jedoch immer gegeben war.
- v) über die Sitzung zur Vergabe von Beihilfen für die Behebung von Katastrophenschäden am 17.9.2003 und die dabei beschlossenen Beihilfen.
- w) dass in der heutigen Sitzung der Gemeindevorsteherung der Ankauf eines Kommunalfahrzeuges beschlossen wurde. Es wurde bei der Firma Berger, Schwanenstadt, ein Klein-LKW mit Ladefläche und Kran angekauft.
- x) dass zum Änderungsentwurf des Salzburger Raumordnungsgesetzes eine Stellungnahme hinsichtlich der „Lücken im Grünland“ abgegeben wurde.

Diskussion:

GR. Hofer ersucht um Aushändigung des Berichtes der Salzburger Lebenshilfe.

GV. Leypold ersucht um nähere Angaben zur Definition Klimaschutzgemeinde.

Der Bürgermeister berichtet dazu, dass die genaue Definition Klimaschutzgemeinde ihm nicht genau bekannt ist und er auch keine genauen Unterlagen vorliegen hätte. Ein Punkt dabei ist jedoch der Verzicht auf fossile Brennstoffe.

GV. Lebesmühlbacher stellt zum Beihilfenansuchen der Landesregierung zu den Park & Ride Parkplätzen beim Bahnhof fest, dass die Kosten zwischen Land Salzburg und Lokalbahn geteilt werden. Er sieht nicht ein, dass sich die Gemeinde an den Baukosten beteiligen soll.

Der Bürgermeister führt dazu aus, dass ihm die genaue Finanzierungsaufteilung nicht bekannt ist. Er stellt jedoch fest, dass die Lokalbahn ein wichtiger Verkehrsträger ist und durch die Maßnahmen die Situation für die Benützer verbessert wird.

GV. Hofer stellt die Frage, ob Dr. Offner weiterhin als Sprengelarzt in Anthering bestehen bleibt.

Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass sich die Sprengelenteilung ändert, jedoch derzeit Dr. Offner weiterhin Sprengelarzt bleibt.

GR. Canaval vermutet im Antwortschreiben der Gemeinde Anthering zum Ersuchen der Landesregierung um Mitfinanzierung der Park & Ride Parkplätze bereits eine Zusage seitens der Gemeinde.

Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass diesbezüglich die Gemeindeorgane erst zu befassen sind und eine Zusage bisher nicht abgegeben wurde.

GR. Canaval stellt weiters die Frage, wer die Wasser-Service GmbH. Ist.

Der Bürgermeister führt dazu aus, dass dies eine Tochterfirma der Salzburg AG ist. Diese GmbH. hat die Aufgaben laut früher abgeschlossenen Vertrag zwischen Gemeinde Anthering und Salzburger Stadtwerke zu den geltenden Bedingungen übernommen.

GR. Canaval stellt weiters die Frage, ob die Stellungnahme zum Raumordnungsgesetz von der Gemeinde oder vom Bürgermeister abgegeben wurde.

Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass dies eine Stellungnahme des Bürgermeisters ist und in Anthering offene Verfahren von dieser Gesetzesänderung nicht betroffen sind.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Vizebürgermeister übergibt daher den Vorsitz wieder an den Bürgermeister.

Zu Pkt. 4.)

Zu diesem Tagesordnungspunkt stellt der Bürgermeister fest, dass in der Sitzung der Gemeindevertretung am 10.7.2003 die Vergabe der Baumeisterarbeiten für die Aufstockung des Kindergartens Anthering beschlossen wurde. Bei diesem Beschluss war jedoch die Beschlussfähigkeit entsprechend der Gemeindeordnung nicht gegeben. Aus diesem Grunde soll die Vergabe der Baumeisterarbeiten unter dem gegebenen Sachverhalt wie in der Sitzung am 10.7.2003 berichtet, neuerlich ergänzend beschlossen werden.

Am gegebenen Sachverhalt hat sich nichts geändert.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

GR. Humer ersucht, die Einreichpläne für die Kindergartenerweiterung den Mitgliedern der Gemeindevertretung kurz zu erläutern.

Der Bürgermeister erläutert anschließend anhand der vorliegenden Einreichpläne das Vorhaben in den Einzelheiten.

GR. Canaval ersucht um Klarstellung wie der Antrag für die Beschlussfassung lautet. Er stellt fest, dass der Kindergarten-Erweiterungsbau sehr rasch „übers Knie gebrochen“ wird, und entgegen vorheriger Aussagen in den Sommerferien eilig eine Sitzung der Gemeindevertretung einberufen wurde. Er verlangt dass jedem Mitglied der Gemeindevertretung ein Einreichplan und weiters die gesamte Ausschreibung der Baumeisterarbeiten ebenfalls zugesandt wird. Er verlangt einen Nachweis, dass entsprechend den Plänen gebaut wird und bemängelt nochmals, dass zum Tagesordnungspunkt keine Unterlagen zugesandt wurden.

Der Bürgermeister stellt fest, dass GR. Canaval als Mitglied der Gemeindevorstellung sehr wohl über die Pläne des Kindergarten-Erweiterungsbaues informiert war. Es war bisher bei keinem Bauvorhaben der Gemeinde üblich die Einreichpläne an die Mitglieder der Gemeindevertretung zuzusenden. Die Wortmeldung des GR. Canaval hält er für pure Polemik. Festgestellt wird, dass die Ausschreibung der Baumeisterarbeiten zeitgerecht erfolgte und der Baubeginn auf Grund der Sommerferien terminmäßig vorgegeben war. Hierzu waren die erforderlichen Vergabebeschlüsse zu fassen. Seitens der Bauleitung war immer vorgesehen, dass nach Kindergartenende mit den Baumeisterarbeiten begonnen wird und die Rohbauarbeiten während der Ferien abgeschlossen werden. Um dies einzuhalten, wurde von der Baufirma auch an Samstagen gearbeitet. Er bezeichnet die Darstellungen des GR. Canaval diesbezüglich als unkorrekt.

Vizebgm. Dr. Draxl stellt fest, dass die Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit sowie Gesetzmäßigkeit durch die Beschlüsse der Gemeindevertretung jederzeit gegeben war. Er stellt fest, dass kein übertriebener Formalismus betrieben werden soll und das oftmalige kopieren der Einreichpläne sicher nicht sparsam sein würde. Die Beschlüsse über die Vergaben diverser Bauarbeiten waren dringend zu fassen, um den Fortgang der Bauarbeiten entsprechend sicherzustellen. Er spricht sich daher für die ergänzende Beschlussfassung der Vergabe der Baumeisterarbeiten aus.

GR. Canaval zeigt sich verwundert, wie er die Pläne im Gemeindevorstand erhalten hätte können.

GR. Humer stellt fest, dass er sich in der Sitzung der Gemeindevertretung selbst wie im Kindergarten vorkommt. Seiner Ansicht nach erfolgte die Aufbereitung der diversen Vergaben zeitgerecht und erfolgten die Beschlüsse ordnungsgemäß. Eine Einsichtnahme in die Einreichpläne wäre vor den Beschlussfassungen wünschenswert gewesen, gegenteilige Ansichten und Meinungen werden akzeptiert. Er spricht sich abschließend für die ergänzende Beschlussfassung aus.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Bürgermeister stellt daher den Antrag, die Vergabe der Baumeisterarbeiten für die Aufstockung des Kindergartens an den Bestbieter Firma Hutterer aus Straßwalchen nochmals zu beschließen.

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters wird die Vergabe der Baumeisterarbeiten für das Bauvorhaben Erweiterung Kindergarten mit einer Angebotssumme in der Höhe von brutto € 295.912,16 an die Firma Hutterer, Straßwalchen, beschlossen.

Ein schriftlicher Werkvertrag ist abzuschließen.“

Zu Pkt. 5.)

Der Bürgermeister stellt fest, dass bezüglich Auswahl einer Mitarbeitervorsorgekasse das Rundschreiben des Gemeindeverbandes vom 15.4.2003, sowie der Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Gemeindevorstandes vom 13.8.2003 an die Fraktionen zugesandt wurden. Unter Hinweis auf diese Unterlagen berichtet er, dass in Österreich insgesamt 7 Mitarbeitervorsorgekassen bestehen. Seitens des

Gemeindeverbandes wurde in einem Rundschreiben mitgeteilt, dass keine konkrete Empfehlung für die Auswahl einer Mitarbeitervorsorgekasse abgegeben wird.

Der Bürgermeister schlägt vor, dass die Österr. Vorsorgekasse (ÖVK) als Partnerinstitut des Raiffeisenverbandes Salzburg als Mitarbeitervorsorgekasse ausgewählt werden soll. Festgestellt wird, dass laut Mitarbeitervorsorgegesetz für jeden Bediensteten ein Betrag in der Höhe von 1,53 % der Gehaltssumme in die Mitarbeitervorsorgekasse einzuzahlen ist.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

Vizebgm. Dr. Draxl stellt fest, dass die Abfertigung neu für alle Mitarbeiter eine wichtige Sache ist und spricht sich daher für die Beschlussfassung zugunsten der Österr. Vorsorgekasse aus.

GR. Humer stellt fest, dass bei den Bedingungen der einzelnen Mitarbeitervorsorgekassen kaum Unterschiede bestehen und spricht sich ebenfalls für die Auswahl der Österr. Vorsorgekasse aus, da es zur einfacheren Verwaltung über die Raiffeisenbank Anthering sinnvoll ist.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Bürgermeister stellt daher den Antrag, als Mitarbeitervorsorgekasse die Österr. Vorsorgekasse ÖVK auszuwählen.

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„ Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters wird die Auswahl der Österr. Vorsorgekasse als Mitarbeitervorsorgekasse der Gemeinde Anthering beschlossen.“

Zu Pkt. 6.)

Gem. § 4b des Salzburger Gemeindevertragsbedienstetengesetzes 1968, kann die Gemeinde über Beschluss der Gemeindevertretung zugunsten ihrer Vertragsbediensteten mit einer Pensionskasse im Sinne des Pensionskassengesetzes einen Pensionskassenvertrag abschließen. Der darin zu regelnde Dienstgeberbeitrag darf 1 % der Bezüge nicht übersteigen. Der Pensionskassenvertrag bedarf hinsichtlich der Höhe des Dienstgeberbeitrages der Genehmigung der Landesregierung.

Nach Information durch die Raiffeisenbank Anthering wurde von der ÖPAG Pensionskasse ein Angebot mit Musterberechnung für die Gemeinde Anthering erarbeitet.

Insgesamt sind bei der Gemeinde Anthering derzeit 32 Mitarbeiter beschäftigt. Bei einem Jahresbezug in der Höhe von € 521.038,-- .

Demnach ergibt sich ein Dienstgeberbeitrag (1 % der Bezüge) in der Höhe von € 5.210,-- pro Jahr. Der Pensionskassenvertrag soll alle für Mitarbeiter, welche mindestens 3 Jahre im Gemeindedienst sind, abgeschlossen werden.

Informativ wird mitgeteilt, dass im Bezirk Flachgau mehrere Gemeinden einen Pensionskassenvertrag für die Vertragsbediensteten abgeschlossen haben (z.B. Bergheim, Elixhausen, Eugendorf, Fuschl, Grödig, Henndorf, Hof, St. Georgen, St. Gilgen, Seeham, Seekirchen, Thalgau, Wals-Siezenheim).

Es wird daher der Antrag gestellt, den Abschluss eines Pensionskassenvertrages bei der ÖPAG - Pensionskasse zu beschließen.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

Vizebgm. Dr. Draxl stellt ergänzend fest, dass schon mehrere Gemeinden im Bezirk Flachgau einen Pensionskassenvertrag für ihre Bediensteten abgeschlossen haben und spricht sich daher für die Beschlussfassung für die Bediensteten der Gemeinde Anthering aus.

GV. Hofer begrüßt die Aktion sehr und spricht sich ebenfalls für die Beschlussfassung aus.

GR. Canaval stellt die Frage, ob die Dienstnehmer selber auch einen Beitrag in der Höhe von 1 % einbezahlen können. Weiters stellt er die Frage ob alle Dienstnehmer die Pensionskassenvorsorge abschließen müssen.

Im Anschluss daran erfolgt eine allgemeine Diskussion zum Pensionskassenvertrag. Die genauen Bedingungen werden den einzelnen Bediensteten in einer Bedienstetenversammlung näher erläutert.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters wird der Abschluss eines Pensionskassenvertrages im Sinne des Pensionskassengesetzes für die Vertragsbediensteten der Gemeinde Anthering bei der ÖPAG-Pensionskasse für alle Mitarbeiter, welche mindestens 3 Jahre im Gemeindedienst sind, beschlossen.“

Zu Pkt. 7.)

Der Bürgermeister berichtet über die Partnerschaft der Salzburger Gemeinden mit der Salzburg AG und der abgeschlossenen Rahmenvereinbarung zwischen dem Salzburger Gemeindeverband und der Salzburg AG für Strom- und Erdgasbezug. Diesbezüglich verweist er auf die bereits abgeschlossene Rahmenvereinbarung aus dem Jahr 2000, welche mit Ende des Jahres 2002 abgelaufen ist. Aus diesem Grunde wurde zwischen Gemeindeverband und Salzburg AG eine neue Rahmenvereinbarung unterzeichnet. Durch Zusatzvereinbarungen mit den einzelnen Gemeinden können sich diese dem Rahmenvertrag anschließen. Die Rahmenvereinbarung sowie die einzelnen Zusatzvereinbarungen für Strom- und Gasbezug ergingen in Kopie an die Fraktionen.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

GR. Humer stellt die Frage, ob die Rahmenvereinbarungen mit Wirkung 1.5.2003 wirksam werden.

Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass diese mit 1.5.2003 gelten.

GR. Canaval kritisiert den rückwirkenden Abschluss der Zusatzvereinbarungen. Er spricht sich dagegen aus, dass der Gemeindeverband die einzelnen Gemeinden durch den Abschluss der Rahmenvereinbarungen bevormundet.

Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass durch den Abschluss der Rahmenvereinbarungen eine einzelne Gemeinde noch nicht vertraglich gebunden ist. Diese wird erst durch den Abschluss der Zusatzvereinbarung wirksam.

GR. Canaval verliest diesbezüglich einen Auszug aus dem Rahmenvertrag des Gemeindeverbandes. Er bemängelt, dass durch das Aushandeln besserer Verträge für die Gemeinden der einzelne Konsument übrig bleibt und dies nicht zugunsten der Bürger wäre.

Vizebgm. Dr. Draxl stellt dazu fest, dass die Ausführungen des GR. Canaval nicht unter sparsame Verwaltung fallen. Es ist als Aufgabe des Gemeindeverbandes zu sehen, größere und kleinere Gemeinden bestmöglich zu beraten und für die Gemeinden insgesamt Vorteile auszuverhandeln und diese wahrzunehmen.

GR. Humer stellt fest, dass der Rahmenvertrag erst mit Abschluss der Zusatzvereinbarung durch die Gemeinde Anthering wirksam wird. Jedenfalls hält er die Verträge für sparsame Verwaltung.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Bürgermeister stellt daher den Antrag, die Zusatzvereinbarungen zu beschließen.

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters werden die Zusatzvereinbarungen vom 13.8.2003 zwischen der Gemeinde Anthering und der Salzburg AG bezüglich Strom- und Erdgasbezug in der vorliegenden Form beschlossen.“

Zu Pkt. 8.)

Der Bürgermeister berichtet, dass in der Sitzung des Umweltausschusses am 20.5.2003 beraten wurde, die Sperrmüllsammelaktion im Jahr 2003 nicht mehr durchzuführen. Dabei wurde festgehalten, dass bei Vorliegen mehrerer Anfragen durch Gemeindebürger neuerlich beraten werden soll, ob eine Sperrmüllsammelaktion durchgeführt werden soll. Dazu berichtet der Bürgermeister, dass beim Gemeindeamt doch einige Anfragen bezüglich Durchführung der Sperrmüll- sowie Grünschnittabfuhr eingegangen sind und daher die Sammlung nochmals durchgeführt werden soll. Weiters schlägt er vor, dass im Zuge der Erstellung des Jahresvoranschlages für das Jahr 2004, zwei Varianten für die Müllabfuhrgebühren berechnet werden sollen, unter Berücksichtigung mit oder ohne Sperrmüll- und Grünschnittabfuhr. Jedenfalls ist in den Abfallgebühren für das Jahr 2003 die Sperrmüll- und Grünschnittabfuhr enthalten.

Festgestellt wird ergänzend, dass in vielen Gemeinden eine Sperrmüllabfuhr nicht mehr durchgeführt wird und der Recyclinghof im Bereich der SAB in Bergheim ausreichend Öffnungszeiten bietet. Der Termin für die Sammelaktionen soll kurzfristig im Riegetzettel des Bürgermeisters veröffentlicht werden.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

Vizebgm. Dr. Draxl stellt fest, dass auf Grund der Beratungen und Anfragen im Jahre 2003 doch noch eine Sperrmüll- und Grünschnittsammelaktion durchgeführt werden soll und stellt fest, dass sich die ÖVP Fraktion für die Durchführung ausspricht.

GV. Hofer findet es sehr gut, dass die Sammelaktionen durchgeführt werden und stellt fest, dass die SPÖ Fraktion sicher dafür stimmen wird.

GR. Humer stellt fest, dass entsprechende Informationen folgen sollen, dass durch die Sammelaktionen sehr hohe Kosten entstehen und eine entsprechende Lösung über die weitere Durchführung gesucht werden muss. Für nächstes Jahr sollen Vorbereitungen getroffen werden, diese Sammlungen nicht mehr durchzuführen.

GR. Schörghofer stellt fest, dass die Sperrmüll- und Grünschnittsammlungen ein sehr gutes Service für die Bürger darstellen. Die Verringerung der Abfuhrgebühren für die Mülltonnen wird nicht spürbar werden. Jedenfalls wird eine sachliche Diskussion zum Sachverhalt zu führen sein.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Bürgermeister stellt daher den Antrag, die Durchführung der Sperrmüll- und Grünschnittsammlung im Jahr 2003 zu beschließen.

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters wird beschlossen, dass im Jahr 2003 eine Sperrmüll- und Grünschnittsammlung durchgeführt wird.“

Zu Pkt. 9.)

Der Bürgermeister stellt fest, dass die Gemeinde Anthering Informationen darüber erhalten hat, dass die Gemeinde Wals-Siezenheim beabsichtigt, die Abwässer der Gemeinde Ainring zu übernehmen und in die Kläranlage des Reinhaltverbandes Großraum Salzburg einzuleiten. Anhand des vorliegenden Entwurfes der Resolution berichtet der Bürgermeister, dass die Gemeinde Wals-Siezenheim nach Maßgabe der Satzungen berechtigt ist, Abwässer bis zu einer Menge von 57.000 EGW in den Verband einzubringen, bringt aber derzeit nur 20.000 EGW tatsächlich ein. Die Gemeinde Ainring hat ihrerseits derzeit einen Abwasseranfall von ca. 9.000 EGW und sieht langfristig ein Ansteigen auf max. 15.000 EGW vor.

Festgestellt wird, dass die Gemeinde Wals-Siezenheim derzeit auf Grund der gegebenen Konsensmenge eine wesentlich höhere Abwassermenge einleiten könnte, jedoch ist die geplante Zusammenarbeit mit der Gemeinde Ainring eine neue Situation. Diesbezüglich ist die Wasserrechtsbehörde gefordert zu entscheiden. Seitens der Gemeinde soll mit der Resolution ein Zeichen gesetzt werden um auf die ständigen Belastungen durch die Anlagen in Siggerwiesen aufmerksam zu machen. Die Entscheidung in der Angelegenheit wird in der nächsten Mitgliederversammlung des Reinhaltverbandes Großraum Salzburg zu treffen sein, wobei die Ansicht der Gemeinde Anthering bei der Abstimmung möglicherweise nicht durchzusetzen sein wird.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

GR. Schörghofer stellt fest, dass die Beschlussfassung der Resolution ein sehr guter Schritt ist und stellt fest, dass die Abgabe von Anteilen einzelner Mitgliedsgemeinden nicht im Sinne der anderen Mitgliedsgemeinden sein kann. Dies würde langfristig sicherlich zu einem weiteren Ausbau der Anlagen in Siggerwiesen führen.

GR. Humer stellt fest, dass die Resolution gut formuliert ist und stellt fest, dass diese in der Mitgliedsversammlung durch den Bürgermeister gut vertretbar ist. Seitens der SPÖ Fraktion spricht er die Zustimmung zur Resolution aus.

GR. Canaval stellt fest, dass ihm die Absicht der Gemeinde Ainring auf Einleitung der Abwässer in den RHV. Großraum Salzburg nicht neu ist und er dies schon früher gehört hat. Er zeigt sich verwundert, wie es möglich ist, dass die Gemeinde Wals-Siezenheim Anteile an eine andere Gemeinde abgeben kann und ersucht diesbezüglich um Aufklärung.

Vizebgm. Dr. Draxl führt dazu aus, dass die Angelegenheit rechtlich nach den geltenden Statuten des Reinhaltverbandes zu beurteilen ist. Seiner Meinung nach ist die Abgabe von Anteilen an Gemeinden außerhalb des Reinhaltverbandes nicht möglich. Tatsache ist, dass aus den Anlagen in Siggerwiesen immer wieder Geruchsbelästigungen gegeben sind, diese jedoch nicht genau der SAB bzw. dem RHV zuzuordnen sind. Es muss alles versucht werden, um Geruchsbelästigungen zu vermeiden und spricht sich für die Beschlussfassung der Resolution aus, um auf die Situation der Gemeinde Anthering als Anrainergemeinde aufmerksam zu machen.

GR. Canaval stellt auf Grund der gewünschten Anschlüsse der Gemeinden Oberndorf sowie Ainring fest, dass als nächste Gemeinde möglicherweise die Gemeinde Freilassing auf Grund der Grenznähe einen Antrag auf Überleitung der Abwässer nach Siggerwiesen stellen könnte.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Bürgermeister stellt daher den Antrag, die vorliegende Resolution zu beschließen.

Während der Beschlussfassung verlässt GV. Herbert Stadler wegen Befangenheit den Sitzungssaal.

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„ Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters wird die Resolution vom 18.9.2003 gegen zusätzliche Abwasserübernahmen aus der Gemeinde Ainring in Bayern in die Kläranlage des Reinhaltverbandes Großraum Salzburg beschlossen. Die Resolution ist bei der nächsten Mitgliederversammlung seitens der Gemeinde Anthering einzubringen.“

Zu Pkt. 10.)

- Der Bürgermeister teilt mit, dass am Freitag, dem 26.9.2003 eine Besichtigung der SAB-Anlagen in Siggerwiesen erfolgen kann. Der Bürgermeister stellt fest, dass voraussichtlich ca. 15 Personen an der Besichtigung teilnehmen werden.
- Am Freitag, dem 3.10.2003 mit Beginn um 20:00 Uhr findet die Finissage von Selina Rosa Lebesmühlbacher im Gemeindeamt statt.

- GV. Haider berichtet anhand des Protokolles über die Sitzung des Bezirkssozialhilfebeirates. Es wird berichtet, dass wieder mit den üblichen Kostensteigerungen zu rechnen ist. Insgesamt wird die Mehrbelastung für den Bezirk ca. € 40.000,-- betragen.
- Der Bürgermeister stellt fest, dass das neue Altenheim Oberndorf bereits bezogen wurde und zusätzlich einige Antheringer aufgenommen wurden.
- GV. Hofer stellt die Frage, ob die geplanten Bohrungen im Bereich des Rutschgebietes am Haunsberg sinnvoll sind.
Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass nach Meinung der Fachleute dies eine gute Möglichkeit zur Stabilisierung der Rutschung ist.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Bürgermeister schließt daher um 21:20 Uhr die Sitzung.

Der Schriftführer

Der Bürgermeister

Für die ÖVP

Für die SPÖ

Für die FPÖ

Liste f. spars. Verwaltung